



June 9, 1992

**Telegram from Germany's Permanent
Representative at the United Nations to the Foreign
Office, No. 264 and 265, 'The Chancellor Meeting
with the American Jewish Committee on 8 June 1992
in New York'**

Citation:

"Telegram from Germany's Permanent Representative at the United Nations to the Foreign Office, No. 264 and 265, 'The Chancellor Meeting with the American Jewish Committee on 8 June 1992 in New York'", June 9, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59730, 243-246. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300177>

Summary:

Kohl and representatives from the American Jewish Committee talk about the opening of the U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington DC in 1993. The American Jewish Committee asks Kohl for more flexibility in terms of the Jewish claims conference.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Referat 214

Bonn, den 3. Juli 1992

305
316

VLR I Dr. Ueberschaer (2216)

Über

Herrn Gruppenleiter ¹⁷ ~~20~~

Herrn Abteilungsleiter 2 ^{ur2}

Handwritten scribble

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit der Führung des American Jewish Committee am 08.06.1992, 14.00 bis 15.30 Uhr, in New York

Hiermit lege ich meinen Vermerk über das vorbezeichnete Gespräch vor.

Angesichts seiner Länge sollte der Vermerk meines Erachtens nicht dem Bundeskanzler zur Genehmigung vorgelegt werden.

Wenn Sie einverstanden sind, gebe ich das Original anschließend RL 212 und Ø an RL 521 [✓] sowie an stv. RL 212. [✓]

Handwritten mark resembling a 'K' or 'J'

Handwritten signature of Dr. Ueberschaer
(Dr. Ueberschaer)

Herrn Kissinger
24K + zum Beweib

Handwritten signature ¹⁵

W 5.11.92

(S. 2)
S. 6

Handwritten mark

Referatsleiter 214
VLR I Dr. Ueberschaer

New York, den 8. Juni 1992

306

317

Vermerk

über das Gespräch des Bundeskanzlers,
der Führung des American Jewish Committee am 08. 06. 1992,
14.00 Uhr bis 15.30 Uhr, in New York

Gesprächsteilnehmer

auf deutscher Seite:

- der Bundeskanzler
- Sts Vogel (BPA)
- Botschafter Dr. Ruhfus
- MDgt Dr. Neuer
- GK Dr. Holtermann
- VLR I Dr. Ueberschaer als note-taker

auf Seiten des American Jewish Committee:

- Dr. Alfred H. Moses, Präsident
- David A. Harris, Hauptgeschäftsführer
- Rabbi Andrew Baker, Direktor des AJC in Washington
- Robert Goodkind
- Stephen Robert
- Richard Schifter
- Robert Rifkind, Vizepräsident

Der Bundeskanzler begrüßt die Delegation der Führung des American Jewish Committee herzlich und verspricht, den ursprünglich geplanten Diskussionsabend mit dem AJC nachzuholen. Er habe ihn wegen des auf den vorgesehenen Zeitpunkt fallenden jüdischen Feiertages verschoben, um etwaige Missdeutungen durch die Medien zu vermeiden.

Präsident Moses äußert sich erfreut darüber, daß die Führung des AJC bereits wenige Monate nach ihrem Besuch beim Bundeskanzler in Bonn als erneut von ihm empfangen werde. Er äußert Verständnis für die Verschiebung der geplanten Diskussion; man wolle gern zu gegebener Zeit einen Ersatztermin abstimmen.

...

- 2 -

307
318

Der Bundeskanzler faßt dafür den nächsten Winter ins Auge. Er werde sich seinerseits "nach den Wahlen" melden.

Präsident Moses erklärt scherzhaft, daß für den AJC die US-Wahlen wie die Wahlen in Israel gleichermaßen von Bedeutung seien.

Der AJC betrachte es als wichtige Aufgabe, noch bestehenden Verständnisschwierigkeiten zwischen Deutschland und der jüdischen Gemeinde in den USA zu überwinden und auf diesem Wege neue Brücken zu schlagen. Dies falle ihm leicht angesichts der Hingabe, mit der der Bundeskanzler sich dieser Aufgabe widme.

Die Führung des AJC sei bei ihrem jüngsten Deutschlandbesuch sehr beeindruckt gewesen von dem Wachsen der jüdischen Gemeinde in Berlin. Der AJC werde seinerseits im September eine Delegation der deutschen jüdischen Gemeinde in den USA empfangen. Dies werde zu dem vom AJC beabsichtigten Brückenschlag beitragen.

Seit dem letzten Treffen mit dem Bundeskanzler im Februar d.J. habe man ihn vielfach in den hiesigen Medien gesehen und dabei einen guten Eindruck von Umfang und Bedeutung der Probleme erhalten, die er gegenwärtig in Deutschland wie in Europa zu lösen habe. Bei dem Gespräch im Februar habe man mit ihm über die Probleme des wachsenden Nationalismus in Europa gesprochen. Auf jüdisch-amerikanischer Seite sei man besonders besorgt über die ethnisch und religiös bedingten Konflikte in Europa, die sich in der Zwischenzeit eher noch verschärft hätten. Vor diesem Hintergrund habe sich der AJC entschlossen, im kommenden Jahr - und zwar bereits im Januar oder Februar - eine Konferenz über ethnisch oder religiös begründete Konflikte in Mittel- und Osteuropa zu veranstalten. Der Hintergrund dieses Wunsches sei verständlich, wenn man sich vor Augen halte, daß gerade der jüdische Bevölkerungsanteil in diesen Ländern besonders von solchen Konflikten betroffen sei. Im AJC sei man der Auffassung, daß Deutschland als Konferenzort besonders geeignet sei. Die Konrad-Adenauer-Stiftung sei bereit, diese Konferenz zu fördern. Das AJC wäre sehr dankbar, wenn der Bundeskanzler die Schirmherrschaft übernehmen wollte.

- 3 -

308

319

Der Bundeskanzler erklärt, daß er mit dem Grundgedanken einer solchen Konferenz spontan sehr einverstanden sei. Er halte dies für eine sehr gute Idee, die er nachdrücklich unterstütze. Wichtig sei die richtige Wahl des Termins. Er halte den Frühling oder Frühsommer kommenden Jahres für geeigneter.

Auf die Entwicklung in Europa übergehend erwähnt er als ein Hauptproblem - daß sich auch für die US-Regierung stelle - die fast totale Veränderung der weltpolitischen Lage, die die Menschen emotional überfordere.

In den letzten drei Jahren sei die Sowjetunion zusammengebrochen und habe sich aufgelöst; Leningrad heiße jetzt wieder St. Petersburg; die Baltischen Staaten hätten ihre Unabhängigkeit erlangt; Deutschland habe mit Überwindung der Mauer seine Einheit wiedergewonnen.

In den vergangenen 40 Jahren sei die Außenpolitik sehr einfach - für viele allzu einfach - gewesen. Ein Beispiel hierfür sei der bekannte Ausspruch von Präsident Reagan, wonach die kommunistische Welt die Welt des Bösen schlechthin sei. Heute stellten sich zahlreiche neue Fragen, die man nicht allgemeingültig beantworten könne. Zwar sei das Feindbild Kommunismus weggefallen und die Veränderungen in der Welt seien ganz überwiegend positiv. Es seien jedoch auch eine Reihe alter Probleme wieder zum Vorschein gekommen. Als Beispiel wolle er nur das Wiedererstarken des Nationalismus auf dem Balkan nennen.

Die Deutschen sähen als einzige gültige Antwort auf diese Probleme nur die politische Union Europas. Für viele Amerikaner sei dies nicht recht verständlich. Für die Deutschen wie für die Europäer sei jedoch die europäische Einheit die beste Antwort auf die Gefahr eines neuen Nationalismus. An dieser europäischen Option halte man trotz der jüngsten Rückschläge in Dänemark unverändert fest.

Voraussetzung für die europäische Einheit sei allerdings eine befriedigende Lösung der bestehenden Minderheitenprobleme, insbesondere durch einen entsprechenden Minderheitenschutz. Hier gebe es bereits große Fortschritte durch die Arbeiten des Europarates. Diese sollten zum Standard werden für die Länder Mitteleuropas, aber auch für die Länder im Osten, wie Russland.

...

Alle die, die an einer Stabilisierung Russlands interessiert seien, müßten die Entwicklung der Minderheitenfrage dort scharf beobachten. Als Beispiel für eine ethnische Diskriminierung sei ihm aufgefallen, daß bei der Verteilung der Hilfslieferungen der EG durch die zuständigen russischen Stellen die jüdische Gemeinde in Moskau "vergessen" worden sei. Er selbst habe dem für die Verteilung der EG-Lieferungen zuständigen deutschen General Weisung erteilt, für die angemessene Versorgung der jüdischen Gemeinde in Moskau zu sorgen.

Voraussetzung für die Wahrung von Minderheitenrechten und den Minderheitenschutz sei die Politische Union Europas, an der gerade wir Deutschen großes Interesse hätten.

Keine Regierung in Europa habe zum gegenwärtigen Zeitpunkt die deutsche Einheit gewünscht. Ganz anders jedoch die Amerikaner, die sich unter allen bisherigen Präsidenten dafür engagiert hätten. Die Deutschen würden dies den USA nie vergessen.

Die frühere britische PM Thatcher, die ihr Missbehagen an der Herstellung der deutschen Einheit deutlich ausgesprochen habe, habe damit nur etwas gesagt, was andere ebenfalls gedacht hätten, aber nicht auszusprechen wagten.

Um auf dem von uns gewählten Weg die deutsche Einheit und die deutsche Integration in Europa gleichzeitig vorantreiben zu können, brauchten wir die jüdische Unterstützung. Wir seien das größte und wirtschaftlich stärkste Land in Europa und könnten damit rechnen, in fünf Jahren - bei entsprechender wirtschaftlicher Entwicklung der neuen Bundesländer - noch stärker zu sein.

Zugleich seien wir jedoch durch unsere geopolitische Lage benachteiligt. Wir könnten uns nicht - wie Japan - auf eine Insel zurückziehen. Wir stünden zu unserer Geschichte, auch zu ihrem dunkelsten Teil während der NS-Herrschaft - und wollten nichts unter den Teppich kehren. Es bleibe für uns dennoch schwierig, welches Maß von Rücksicht wir auf Denken und Fühlen anderer verwenden müßten. Bei uns sei inzwischen eine neue Generation herangewachsen, der wir erst die Hypothesen der deutschen Vergangenheit erläutern und näher bringen müßten. Ein Beispiel für die zwiespältige Lage, in die wir vielfach gerieten, sei die Aufnahme jüdischer Emigranten aus den

GUS-Staaten in Deutschland. Hier gebe es einerseits die strikte Haltung der israelischen Regierung, die es uns praktisch untersage, jüdische Emigranten in Deutschland aufzunehmen, da Israel das Heimatland aller Juden sei. Nähmen wir jedoch dementsprechend keine russischen Juden in Deutschland auf, sähen wir uns verschärfter Kritik in- und ausländischer jüdischer Organisationen ausgesetzt.

Gerade dem AJC seien die Unterschiede im Denken der verschiedenen jüdischer Organisationen bekannt. Eine der unerfreulichsten Erfahrungen des Bundeskanzlers - und dies würde er nie öffentlich ansprechen - sei die Kollusion einiger führender Mitglieder des World Jewish Congress mit der Regierung der ehemaligen DDR gewesen.

Der Bundeskanzler selbst suche enge und freundschaftliche Beziehungen zu den Juden in aller Welt, nicht zuletzt zu denen Israels. Dabei sei ihm jedoch stets bewußt, daß gerade die Israelis zu Deutschland nach wie vor ein gespaltenes Verhältnis hätten.

Vielleicht werde man nach den israelischen Parlamentswahlen mehr Klarheit über die künftige Politik Israels gewinnen.

Der Bundeskanzler erläutere seinen Gesprächspartnern sodann, daß die Bundesregierung beabsichtige, noch im Juli d.J. durch geeignete gesetzgeberische Schritte die arabischen Boykottmaßnahmen gegen Israel zu neutralisieren.

Eine weitere wichtige Frage in diesem Zusammenhang seien die laufenden Gespräche zwischen den USA und Israel über amerikanische Kreditgarantien und deren Auswirkungen auf das Verhältnis Deutschland/Israel. Auch hier gerieten wir häufig ins Schußfeld der Medien, vor allem einer bestimmten Zeitung in New York, die sich grundsätzlich gegen Deutschland und die Deutschen wende.

Dabei handle sie bisweilen unverantwortlich. Er wolle nur auf die Meldungen der "New York Times" aufmerksam machen, nach der der soeben verstorbene ehemalige Bundespräsident Karl Carstens ein Nazi gewesen sei. Wer Carstens gekannt habe, wisse auch, was gerade er für die deutsch-israelische Aussöhnung getan habe. Solche Artikel könnten nicht ohne Auswirkungen auf

- 6 -

34

322

diejenigen bleiben, die sie in Deutschland zu lesen bekämen. Den Bundeskanzler irritiere dies alles jedoch nicht. Angesichts der deutschen Geschichte der letzten 60 Jahre müsse jedem deutschen Regierungschef klar sei, daß er es im Laufe seiner Amtszeit nicht nur mit Sonnenschein zu tun haben könne.

Auf den Einwurf, daß die israelische Regierung auch ihre Probleme mit der New York Times habe, bemerkt der Bundeskanzler, daß Israel-kritische Beiträge der NYT in Israel von der Öffentlichkeit aber mit Recht nicht auf die Geldwaage gelegt würden.

Präsident Moses bemerkt, daß wir alle für die Pressefreiheit einen Preis zu zahlen hätten.

Er wolle uns jedoch versichern, daß 90 % aller Mitglieder seiner Organisation eine wichtige Aufgabe darin sähen, mit Deutschland freundschaftlich und offen zu verkehren und im gleichen Sinne mit Vertretern Deutschlands zu sprechen.

Was die geplante Konferenz angehe, wolle er erläutern, warum das AJC so sehr an ihrer Durchführung im Januar/Februar 1993 interessiert sei:

- bereits im April kommenden Jahres werde in Washington das Holocaust-Museum eröffnet werden,
- ebenso sei zu befürchten, das der ^{50!}zwanzigste Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstandes und seine Behandlung in den Medien negative Auswirkungen auf die öffentliche Meinung über Deutschland in den USA haben könne.

Der Bundeskanzler äußert sich daraufhin damit einverstanden, die Konferenz im Februar oder im März 1993 in Deutschland abzuhalten.

Präsident Moses erwähnt sodann als nächstes, für beide Seiten wichtiges, Thema die morgen in Bonn stattfindendene Sitzung der Jewish Claims Conference zur Regelung der im Zusammenhang mit der deutschen Einheit noch offenen Fragen. Hier bestehe eine hohe Erwartungshaltung der amerikanischen Juden und insbesondere der Mitglieder der AJC. Diese seien übereinstimmend

...

- 7 -

312

323

der Auffassung, daß es nur mehr eines geringen Maßes an Flexibilität auf deutscher Seite bedürfe, um den gewünschten Abschluß bereits morgen herbeizuführen.

Der Bundeskanzler sagt zu, sich mit dieser Frage zu befassen.

Präsident Moses spricht sodann die Themen der amerikanischen Kreditgarantien für Israel an. AM Baker habe dem AJC versichert, daß es keinerlei amerikanisch-deutsche Absprachen über das deutsche Vorgehen in dieser Frage gebe. Der AJC habe Vertrauen zu seiner Regierung und glaube an diese Aussage.

Das Thema der Kreditgarantien würde sich erneut stellen, sobald sich herausstellen sollte, daß Rabin zum neuen israelischen Ministerpräsident gewählt wurde. Die jüdische Gemeinde in Amerika werde diese Frage auch ihrerseits vor den bevorstehenden Präsidentenwahlen aufnehmen. Dies alles werde auch Rückwirkungen auf Deutschland haben.

Der Bundeskanzler erklärt, daß er diese Frage im Benehmen mit dem AJC aufnehmen und lösen wolle. Ein Datum für die Wiederaufnahme der Gespräche nach den MP-Wahlen in Israel sei bereits ins Auge gefaßt.

Es habe in der Tat niemals eine Abstimmung oder gar ein "Junctim" in dieser Frage mit Washington gegeben. Allerdings wäre man in Washington höchst verwundert gewesen, wenn wir der amerikanischen Politik hier in den Rücken gefallen wären.

Präsident Moses stimmt dem zu.

Der Bundeskanzler erklärt, daß er - ohne sich hier zu eigenen Vorlieben äußern zu wollen - hoffe, daß man mit der künftigen Regierung Israels in den entscheidenden politischen Fragen reden können. Nahost sei nun einmal einer der bedeutendsten Krisenherde in der Welt. Daß es bisher noch immer nicht gelungen sei, Frieden im Nahen Osten zu schaffen, sei ein Skandal. Er wolle dies auch und gerade vor dem Hintergrund der Einheit Europas verstanden wissen. Diese werde voraussichtlich zum Ende des Jahrzehnts Wirklichkeit.

...

Der Nahe Osten sei unsere unmittelbare Nachbarregion. Israel wäre ohne eine Assozierung an Europa wirtschaftlich nicht lebensfähig.

Deutschland müsse sich aber auch mit den Arabern zu arrangieren suchen. Für einige unsere Partnerländer lägen die Maghreb-Staaten geographisch sehr nahe.

Angesichts des hohen Bevölkerungsanteils von Algeriern in Frankreich spiele die Entwicklung in Maghreb für Frankreich eine bedeutsame Rolle.

Wir Deutschen hätten ein vitales Interesse daran, zum Frieden im Nahen Osten beizutragen, befänden uns dabei aber wegen unserer Geschichte in einer schwierigen Lage. Im einzelnen sei dies nicht einfach zu erläutern. Richtig sei aber, daß ein Friede ebenso im Interesse der Region liege, wie in unserem Interesse.

Unsere Finanzlage sei gegenwärtig besonders schwierig. Ganz inakzeptabel sei für uns eine deutsche Alleinflanzierung der Wirtschaftsprobleme der Staaten Mittel-, Ost- und Südost-Europas. Die meisten unserer europäischen Partner täten hier sehr wenig; die Hilfe der USA halte sich in Grenzen; die Japaner täten praktisch nichts. Wir hielten dies für einen Fehler und könnten dabei auf historische Erfahrungen der USA verweisen:

- Nach dem ersten Weltkrieg habe sich Präsident Wilson aus Europa zurückgezogen und sich nicht weiter um diesen Kontinent gekümmert. Dies habe ganz wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklungen in der Folgezeit in Europa gehabt.
- Nach dem zweiten Weltkrieg habe Präsident Truman und George Marshall im Unterschied zur Politik Wilsons den Marshall-Plan zum Wiederaufbau Europas entwickelt und durchgeführt. Ohne diese Initiative wären die Sowjets kampflos bis zum englischen Kanal gelangt und in Deutschland wäre es zu einem Chaos gekommen. Man dürfe nicht vergessen, wie stark in jener Zeit die kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien gewesen seien.

Vor diesem Hintergrund könnten die Europäer nicht sagen, daß die Entwicklungen in Russland sie nichts angingen. Man brauche nur Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Wie notwendig ein hohes finanzielles Engagement im Osten sei, könnten wir angesichts der eigenen Probleme in Ostdeutschland erkennen. Die Probleme in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sei noch zehnmal schlimmer.

Wenn die US-Regierung heute sagen wollte, daß die wirtschaftliche Misere in Mittel-, Ost- und Südeuropa sie nicht beträfe, wäre dies sehr kurzsichtig. Gegenwärtig rede man vielfach von der Gefahr nuklearer Proliferation, die von den GUS-Staaten ausgehe. Bei C-Waffen sei die Gefahr einer solchen Entwicklung aber noch größer und bedrohlicher. Man solle auch nicht vergessen, daß es noch 20 Kernkraftwerke mit dem unzureichenden Sicherheitsstandard des KKW Chernobyl im Gebiete der ehemaligen Sowjetunion gebe.

Der Bundeskanzler empfehle der eigenen Bevölkerung immer wieder, sich hier zu engagieren, auch wenn ihm vielfach entgegengehalten werde, daß man das notwendige Geld besser zu Hause brauchen könne.

Zu den israelischen Kreditwünsche wolle er erneut sagen, daß Deutschland zur Hilfe bereit sei. Entscheidend sei jedoch, daß Israel das Geld für den Frieden verwende.

Präsident Moses erklärt, daß dies auch der Politik des AJC entspreche. Er sehe jedoch vorrangig die Notwendigkeit, Israel als einzige Demokratie in der Region vor der hochgradig gefährlichen Politik des Iran und Libyens zu schützen. Der Bundeskanzler und er selbst erinnerten sich ja noch aus eigener Erfahrung an die günstigen Auswirkungen des Marshall-Plans auf die Entwicklung in Europa nach dem zweiten Weltkrieg.

VP Harris gratuliert - wie zuvor schon Präsident Moses - zu den beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen in Deutschland, um den Israel-Boycott der arabischen Länder unwirksam zu machen. Noch besser wäre es, wenn sich die EG diesen Maßnahmen anschliessen würde.

Er spricht sodann die Verwirklichung der deutschen Einheit an, die für Deutschland eine unvergleichliche soziale Herausforderung darstelle. Der AJC als Partner der Deutschen habe Deutschland dabei zu unterstützen, daß dieser Prozeß in der amerikanischen Bevölkerung verstanden werde.

Der Bundeskanzler bemerkt, daß er zur Haltung der EG zu den arabischen Israel-Boykott keine Prognose abgeben könne. Deutschland versuche selbstverständlich, auf seine Partner Einfluß zu nehmen. Es gebe hier jedoch unterschiedliche Auffassungen in Europa.

Ein Eckdatum für die Entwicklung Europas sei die Vollendung des Binnenmarktes in 6 Monaten. Trotz der jüngsten Entscheidung der dänischen Bevölkerung werde es - und dies wolle er bei dem bevorstehenden EG-Gipfel in Lissabon besonders deutlich machen - keine Verlangsamung bei der Integration Europas geben. Während man noch nach einer neuen juristischen Formel zur Lösung des Dänemark-Problems suche, gehe seine Politik dahin, die Integrationspolitik noch zu beschleunigen. Das dänische Votum werde er jedenfalls nicht als Vorwand akzeptieren, die europäische Einigung zu bremsen.

In Lissabon werde man auch beschliessen, den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur EG zu beschleunigen. Wenn die Schweiz und Norwegen eine Bewerbung im gleichen Sinne abgäben, werde man sich auch bemühen, einen Beitritt dieser Länder bis 1995 zu ermöglichen.

Es sei klar, daß ein geschlossener Wirtschaftsraum von 380 Millionen Menschen eine große Anziehungskraft ausüben werde und, daß dies auch Auswirkungen auf den Nahen Osten haben werde. In Israel müsse das Interesse weiter wachsen, wirtschaftlich mit der EG zusammenzuarbeiten. Gerade vor diesem Hintergrund sei ein Erfolg des Friedensprozesses im Nahen Osten so wichtig.

Zur Frage der Entwicklung eines neuen Nationalismus in Deutschland müsse man zunächst klären, was darunter zu verstehen sei. Dies sei von Land zu Land verschieden. Zurzeit spreche man - mit unterschiedlicher Begründung - in praktisch allen Ländern des Westens von einer Krise der Demokratie. Dabei stellt sich meist die Frage, ob die repräsentative Demokratie die Menschen die sie vertrete, auch erreiche und ob sich die Menschen nicht angesichts der Vielfalt und Kompliziertheit der zu lösenden Fragen (ebenso wie die Politiker) überfordert fühlten.

In Bezug auf Deutschland und Europa müsse der Bundeskanzler sich die Frage stellen, ob diese Entwicklung nicht der Preis der Säkularisierung sei und ob nicht das Mehr an Angst mit dem zunehmenden Verlust des Glaubens in Verbindung stehe. Die Menschen hätten immer mehr Ängste, wobei die Massenmedien vielfach eine Art Hysterie schürten. Oft fachten in Deutschland gewisse Zeitungen die Angst vor einem Verlust der DM an, obwohl die geplante Wirtschafts- und Währungsunion höchste Anforderungen an die Beitrittsländer hinsichtlich der von ihnen zu erbringenden Voraussetzungen und ihrer Währungspolitik stellten. Die DM sei für viele Deutsche eine Art Ersatzgott geworden, auf den man unter keinen Umständen verzichten wolle. Jedoch könne man hier bei nicht von einer extremistischen Haltung sprechen. Das gelte ebenso für die Genausowenig bei der Reaktionen bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie den Bauern, wenn von ihnen dramatische Umstellungen erwartet würden.

Präsident Moses wirft ein, daß er dem Bundeskanzler zu dem großen Erfolg gratuliere, Frankreich zu entscheidenden Konzessionen im Agrarbereich bei den GATT-Verhandlungen bewegt zu haben.

Der Bundeskanzler fährt fort, daß er nicht glaube, daß es in Frankreich oder Deutschland einen wachsenden Extremismus gebe.

Ein Problem, das in Deutschland alle bewege, sei das des Zuzugs von Ausländern. Zur Zeit nehme Deutschland dreißig- bis vierzigtausend sogenannte Wirtschaftsasylanten im Monat auf. Dies werde man nicht durchhalten können (wobei man kein Problem mit der Aufnahme echter Asylbewerber habe).

Zugleich warteten zwei Millionen Deutschstämmige in Rußland auf eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage. Falls diese nicht eintrete, würden sie sich für eine Umsiedlung nach Deutschland entscheiden.

Von 300 000 Deutsch-Rumänen seien 240 000 bereits nach Deutschland umgesiedelt. Nur noch 60 000 seien in Rumänien verblieben.

Derzeit wanderten Tausende aus Ländern wie Sri Lanka nach Deutschland und aus Algerien und anderen Staaten Afrikas nach Frankreich ein.

Dies alles werde für unsere Länder zu einem zentralen Problem, das sich auch auf die Ergebnisse der Wahlen auswirke. Unsere jungen Leute seien nicht radikal; sie erwarteten aber eine Lösung dieser Probleme. Auch die Wählerschaft der Republikaner bestehe nicht aus Neonazis (Der Bundeskanzler wolle dennoch bereits jetzt voraussagen, daß die Republikaner bei den nächsten Bundestagswahlen 1994 unter 5 % liegen würden). Maßgebend für die bei uns vereinzelt auftretenden Fälle von Ausländerfeindlichkeit sei die Zuwanderungspolitik, die man aufgrund einer 1949 in der Verfassung getroffenen Entscheidung habe betreiben müssen. Die Verfassung zu ändern, erfordere einen Konsens von Regierung und Opposition, zu dem die letztere bis vor kurzem nicht bereit gewesen sei. Die Opposition habe dabei angenommen, daß nur die Regierung für die Folgen Prügel beziehen würde. Sie habe erkennen müssen, daß die Folgen des Abseitsstehens jetzt auch ihr zugerechnet würden.

Ein Vertreter des AJC schlägt im Hinblick auf die große historische Tat des Marshall-Plans vor, eine ähnliche Initiative auch für die Region des Nahen Ostens zu ergreifen. Hierbei solle Europa die Führung übernehmen. Israel sei die einzige funktionierende Demokratie des Nahen Ostens. Deutschland und seine EG-Partner sollten - möglichst unabhängig vom Wahlausgang in Israel - dafür sorgen, daß Israel hierfür auch wirtschaftlich einen Bonus erhalte.

Der Bundeskanzler erwidert, daß dies ein guter, wenn auch nicht neuer Gedanke sei. Bereits vor 5 Jahren habe AM Shultz den Vorschlag eines Marshall-Plans für den Nahen Osten eingebracht. Der Bundeskanzler halte diesen Vorschlag auch heute noch für gut. Dabei sollte die Initiative jedoch nicht von einem Land, sondern besser von der EG als Gesamtheit ausgehen. Voraussetzung hierfür allerdings sei eine Friedenslösung für den Nahost-Konflikt.

Auf eine erneute Frage, warum man nicht mit der wirtschaftlichen Stabilisierung beginnen sollte, um dadurch eine politische Konfliktlösung zu fördern, bemerkt der Bundeskanzler, daß zunächst zumindest die Chance einer politischen Lösung vorhanden sein müssen.

Präsident Moses betont, daß Israel als Demokratie aber auch vorab gewisse Vorteile haben sollte.

Der Bundeskanzler bemerkt, daß sichergestellt sein müsse, daß derartige Hilfsgelder nicht in den besetzten Gebieten investiert würde. Dies würde sonst innenpolitisch für uns zu einem erheblichen Problem werden. Wenn Israel von außen bedroht werde, sei es für den Bundeskanzler nicht weiter schwer, Israel Hilfe zu gewähren. Es werde von der deutschen Öffentlichkeit akzeptiert oder zumindest toleriert. Anders sei dies jedoch im Hinblick auf die besetzten Gebiete, wo man zunächst auf eine Lösung erwarte. Man könne sich jedoch darüber einigen, daß man mit einem solchen Marshall-Plan nicht warten müsse, bis der Friedensprozess abgeschlossen sei und daß man evtl. auch den Friedensprozess dadurch beschleunigen könne.

Ein Vertreter des AJC weist den Bundeskanzler auf den von seiner Organisation geförderten Besucheraustausch hin und bittet ihn um weitere Vorschläge zur Verbesserung der Beziehungen der amerikanischen Juden zu Deutschland und der gesamten amerikanischen Bevölkerung zu unserem Lande.

Der Bundeskanzler empfiehlt, einmal die deutsch-amerikanischen Beziehungen einer Grundanalyse zu unterzeichnen.

Die Deutschen hätten den Vorteil gehabt, nach dem Kriege trotz der Nazi-barbarei in den USA auf ein gewisses Verständnis zu stoßen. Hieran hätten die deutschen Emigranten großen Anteil gehabt. Sie hätten neben ihren bitteren Erfahrungen auch die Erinnerung an ein besseres Deutschland mit in die USA gebracht. Die beste Vorstellung hiervon könne ein Besuch im Leo Beck-Institut vermitteln. In Washington habe es nach dem Kriege zahlreiche einflußreiche Leute gegeben, die Deutschland kannten. Diese Generation sterbe jetzt allmählich aus. Die Deutschen hätten zuwenig getan, um hier für Kontinuität zu sorgen (Hinweis auf bürokratische Erschwernisse im Bildungsbereich, mangelnde Bereitschaft, amerikanische Schul- und Universitätszeugnisse in Deutschland anzuerkennen).

Umfang und Intensität des kulturellen Austausches berührten den Kernbereich der künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und USA, wie auch zwischen Europa und den USA.

Aus deutscher Sicht sei es inakzeptabel, uns vor eine Wahl zwischen Europa und den USA zu stellen. Wir Deutschen benötigten ebenso die europäische Einigung, wie die transatlantische Brücke.

- 14 -

319
330

Deutschland wie Europa könne zur Gewährleistung seiner Sicherheit langfristig auf die NATO nicht verzichten. Die Aufrechterhaltung der US-Präsenz in Europa läge in unserem vitalen Interesse, wobei nicht der konkrete Umfang der US-Truppenpräsenz, sondern allein die Tatsache, daß diese substantiell bleibe, entscheidend sei. Würden wir uns aus Sicherheitsgründen Kernwaffen anschaffen - was wir keinesfalls wollen -, würde dies die Struktur Europas ändern. Wichtig für die Statik Europas sei, daß Frankreich und Großbritannien Kernwaffenmächte blieben und Deutschland weiterhin darauf verzichte.

Auch wirtschaftlich sollte im transatlantischen Kontext noch mehr geschehen. Amerikanische Firmen sollten sich in Europa stärker engagieren.

Im Bereich von Kultur und Wissenschaft müsse es eine weitere Verdichtung der Beziehungen zwischen Europa und den USA geben. Die Neugründung der deutsch-amerikanischen Akademie der Wissenschaft und die Intensivierung des deutsch-amerikanischen Schüleraustausches seien hierfür gute und wichtige Ansätze .

Im Verteidigungsbereich sei es wichtig, daß der europäische Pfeiler nicht als gegen die NATO gerichtet, sondern als deren Ergänzung verstanden werde. Im Pentagon müsse deutlicher werden, daß das zu schaffende deutsch-französische Korps nicht zur Auflösung der NATO beitragen, sondern ganz im Gegenteil Frankreich stärker an die NATO heranführen werde. Drei oder vier weitere europäische Länder würden sich diesem Korps anschließen. Die USA sollten mit ihren Truppen in Europa präsent bleiben, sie könnten auch den Oberbefehl über dieses Korps übernehmen, wenn sie dies wünschten.

Dies alles seien wichtige Aspekte, die der amerikanischen Bevölkerung vermittelt werden müßten. Langfristig am bedeutsamsten für das gegenseitige Verständnis aber sie der Austausch von Schülern, Studenten und Jungakademikern zwischen beiden Staaten. Im Hinblick auf diese, von uns gewünschte, Intensivierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen bereite uns die geplante Eröffnung des Holocaust-Museums in Washington Sorge.

Präsident Moses versichert, daß das AJC sehr bereit sei, Deutschland bei der Durchführung dieser Vorstellungen zu helfen.

...

Der Bundeskanzler führt fort, daß wir ein großes Interesse daran hätten, daß deutsche Geschichte in Amerika auch korrekt vermittelt werde. Dazu gehöre auch neben den Greuel der Nazizeit die Geschichte der letzten 40 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Die amerikanischen Schulkindern müßten lernen, hier zu unterscheiden.

Ein Vertreter des AJC erwähnt, daß er über diese Fragen vielfach mit Botschafter Ruhfus gesprochen habe. Die deutsche Besorgnis sei größer als nötig. Die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Juden verstehe den Gegensatz zwischen dem Deutschland der Nazizeit und dem, was seit 1945 in Deutschland entwickelt wurde. Das Museum werde einen bestimmten Geschichtsabschnitt festhalten, ohne deswegen die Entwicklungen im neuen demokratischen Deutschland auszublenden.

Er habe auch keine Besorgnisse hinsichtlich der Beziehungen den zwischen amerikanischen Juden und Deutschland, sowie der gesamtamerikanischen Bevölkerung und unserem Lande. Sehr hilfreich sei der Hinweis des Bundeskanzlers auf die Intensivierung von Austausch und Dialog. Das AJC sei gern bereit zu vermitteln, wenn Deutschland Probleme mit dem Museum habe zu vermitteln. Darüberhinaus sei das AJC willens, die bestehende Zusammenarbeit noch auszuweiten, insbesondere auch auf den Bereich der Kultur.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß die jüdische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten eine Schlüsselfunktion für die menschlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern hätten. Für ihn stelle sich die Frage, wie man das aufrecht erhalten könne, was die Deutschen in 40 Jahren an good-will in den Vereinigten Staaten aufgebaut hätten.

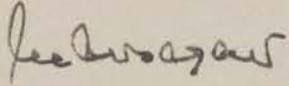
Die nach 1945 geborene junge Generation in Deutschland habe nur Frieden und Wohlstand kennengelernt. Das Gefühl, dafür auch etwas tun zu müssen, gehe immer mehr verloren. Man müsse ihr stärker das Gefühl vermitteln, daß allein wirtschaftliche Aspekte nicht das Wesentliche im menschlichen Leben seien. Vorrangig sei vielmehr, daß der Blick nicht für Dinge verloren gehe, über die man soeben gesprochen habe. Die Entwicklungen die zur Herrschaft Hitlers geführt hätten, hätten vielfach ihren Ursprung darin gehabt, daß die Deutschen damals ihre Ideale verloren hatten.

- 16 -

321

332

Abschließend hob der Bundeskanzler hervor, daß er nochmals unsere außenpolitischen Akzente unterstreichen wolle: Wir wären gleichermaßen daran interessiert, den europäische Einigungsprozeß voranzutreiben, wie die atlantischen Bindungen zu stärken und zu vertiefen. Beides seien für uns entscheidende Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens.



(Dr. Ueberschaer)

Fernschreiben deutsche UN-Vertretung an Auswärtiges Amt Nr. 264 und 265 vom 9. Juni 1992

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem American Jewish Committee am 8. Juni 1992 in New York^[1]

Bundeskanzler Dr. Kohl traf am 8. Juni im Rahmen seines Zwischenaufenthalts in New York (6.-9.6) vereinbarungsgemäß mit führenden Vertretern des AJC zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen jüdischen Interesses zusammen. Die Begegnung, die an die Stelle der ursprünglich beabsichtigt gewesen, auf einen späteren Zeitpunkt vertagten Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im größeren Kreis getreten war, setzte den bestehenden Dialog mit dem AJC auf Kanzlerebene fort. An ihm nahmen deutscherseits Sts Vogel, Botschafter Ruhfus, VLR I Dr. Ueberschaer, der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung Pordzig und der Unterzeichnende teil.

Die im zwanglosen Rahmen und mit erklärter Offenheit geführter Unterhaltung von 1 ¾ Stunden verlief in betont freundschaftlicher Atmosphäre und war auch seitens der Gäste von dem ausdrücklichen Willen getragen, zu einem besseren deutsch-jüdischen Verständnis beizutragen, bestehende Barrieren zu überwinden und in diesem Sinne Brücken in die Zukunft zu bauen.

Nach einführenden Worten des Bundeskanzlers eröffnete AJC-Präsident Alfred Moses das Gespräch mit dem Vorschlag, Anfang nächsten Jahres (auf jeden Fall vor der Eröffnung des Holocaust-Museums in Washington und dem Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstandes im April) eine internationale „Konferenz“ über die von jüdischer Seite mit großer Besorgnis verfolgte Entwicklung der nationalistischen, ethnischen und religiösen Konflikte in Zentral-, Ost- und Südosteuropa und die diesbezüglichen Möglichkeiten der Gefahrenabwehr abzuhalten.

Der BK begrüßte diese neue Konferenzidee (gemeint war wohl eher ein Seminar) und sicherte ihr seine und die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu. der Bundeskanzler erläuterte die unvorhergesehenen, fundamentalen Veränderungen in Europa, die ihn für die Zukunft ins insgesamt optimistisch stimmten, jedoch überkommene Nationalismen freigesetzt hätten, auf die die deutsche alternativlose Antwort europäische Integration lautete. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die beispielhaften Beschlüsse des Europarats zum Minderheitenstatus, die als Standard für Europa auch außerhalb des Europarats Geltung erlangen müßten. Die Regelung der Minderheitenfrage sei auch von existenzieller Voraussetzung für die politische Union, die wir Deutschen in unserer geopolitischen Lage und mit unserer Vergangenheitsbelastung mehr als andere angewiesen seien.

BK unterstrich generellen Wunsch nach guten deutsch-jüdischen Beziehungen, insbesondere auch zu Israel. Er kündigte an, dass sich das Bundeskabinett noch vor der Sommerpause mit einer Gesetzesvorlage zur Einführung nationaler Anti-Boycott-Regelungen bezüglich Israels befassen werde. Diese Mitteilung wurde von seinen jüdischen Gesprächspartnern mit besonderer Erleichterung aufgenommen und mit der Hoffnung verbunden, dass auch andere EG-Mitglieder unter dem Einfluss der Bundesrepublik diesem Beispiel der Bundesrepublik folgen mögen.

Hinsichtlich der laufenden Verhandlungen der Claims-Conference mit dem BMF bat Präsident Moses den Bundeskanzler dringend um Intervention zugunsten von mehr deutscher Flexibilität, sodass die verbliebenen "nur noch geringen Differenzen" überwunden und das Thema heute (9.6.) erfolgreich abgeschlossen werden könne. BK versprach, "sich darum zu kümmern".

Als letzten jüdischen Wunsch bezeichnete Präsident Moses die Frage der Kreditgarantien für Israel, in der sich US-Regierung auf die deutsche Haltung beziehe. BK verwies auf Einverständnis mit der israelischen Regierung, die Fortsetzung diesbezüglicher Gespräche bis nach den dortigen Wahlen zu verschieben und bestritt insoweit jede Absprache mit der amerikanischen Regierung, „mit der man reden könne“.

In weiteren Ausführungen bezeichnet BK die

Friedlosigkeit des Nahen Ostens als Skandal der drei Weltreligionen, die dort ihre Wiege hätten. Die Situation habe auch Auswirkung auf die EG. Israel werde langfristig nicht ohne Assoziierung mit der EG auskommen, gleichzeitig müsse sich Europa aber auch mit den Arabern arrangieren, was für einzelne EG-Mitglieder aus

geographischen Gründen von unterschiedlicher Priorität sei. Wir Deutschen seien aus unserer Geschichte heraus dabei in besonders schwieriger Lage.

BK verwies bei grundsätzlicher Hilfsbereitschaft gegenüber Israel auf die Grenzen unserer finanziellen Belastbarkeit, nahm Bezug auf die unterschiedliche amerikanische Haltung nach den beiden Weltkriegen, würdigte den Marshallplan und unterstrich das dringende eigene Interesse der USA an der Kontrolle der Entwicklungen in Osteuropa. In der Frage der Israel-Kredite sei es für uns wichtig, dem Volke klarmachen zu können, daß dieses Geld für den Frieden verwendet werde.

Von Mr. Harris wurde BK ferner auf die Entwicklung des Extremismus im Gefolge der Vereinigung Deutschlands angesprochen und um seine Lagebeurteilung gebeten. Bundeskanzler unterstrich Notwendigkeit, sorgfältig zu unterscheiden, was als Extremismus zu bezeichnen sei. Dies variere von Land zu Land. Es gebe eine krisenhafte psychologische Entwicklung in allen westlichen Demokratien. Die Menschen würden von den immer schwerer zu übersehenden Problemen überfordert. Der Preis zunehmender Säkularisierung sei der Verlust des Glaubens und ein mehr an Angst, auf die Menschen unterschiedlich reagierten und die sich unter den Einfluss der Massenmedien zuweilen bis zur Massenhysterie steigere. Dies gelte zur Zeit in Deutschland für den ungezügelten Zustrom von Fremden, der auf einer falschen Politik beruhe und der dringenden Abhilfe bedürfe, für die die innenpolitischen Voraussetzungen inzwischen mit großer Verspätung zu erwarten seien. Er, BK, glaube nicht an eine generelle Zunahme des Radikalismus, insbesondere könne er ihn nicht bei der Jugend erkennen. Wenn es uns gelänge, die anstehenden Sachfragen zu lösen, habe dieser keine Chance. Auch sei nicht schon Neo-Nazi, wer die Republikaner wähle. Diese würden 1994 keine 5 Prozent erreichen.

Ein weiterer jüdischer Gesprächsbeitrag betraf den Vorschlag eines Marshallplans für den Nahen Osten. BK bezeichnete Idee als gut, aber nicht neu, sie sei bereits vor ca. 5 Jahren am Ende der Reagan-Regierung von Außenminister Shultz ins Gespräch gebracht worden. In der Tat wäre es besser, die EG handle als Ganzes. Voraussetzung für Wirtschaftshilfe sei jedoch, ein befriedigender Fortschritt des politischen Friedensprozesses, denn die Frage, was z.B. mit dem Geld in den besetzten Gebieten geschehe, beschäftige die deutsche Öffentlichkeit.

Als weiteres Thema wurde beiderseits die Notwendigkeit der Förderung der deutsch-jüdischen Verständigung durch Jugendaustausch angesprochen. Nach dem BK ist dies umso wichtiger, als der sich inzwischen vollziehende Generationswechsel die Kontinuität der auf eigenen Erfahrungen beruhenden Kenntnis des jeweils anderen Partners in Frage stelle. So werde diese bedauerliche Entwicklung z.B. durch die absurde gegenseitige Nichtanerkennung der jeweiligen Universitätsabschlüsse noch gefördert. Der Bundeskanzler unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Fortsetzung der deutsch-amerikanischen engen Partnerschaft sowie substanzieller militärischer US-Präsenz in Europa, dessen politischer Zusammenschluss vom dänischen Referendum nicht gestoppt werde. Er setzte sich für den Ausbau der transatlantischen Brücke durch zusätzliche "Fahrbahnen" im wirtschaftlichen, kulturellem und wissenschaftlichem Bereich ein und erläuterte auch Ziel und Struktur des deutsch-französischen Korps im Verhältnis zur NATO.

Schließlich sprach der Bundeskanzler von seiner Sorge, dass im deutsch-jüdischen Verhältnis mehr in dem so wichtigen schulischen Bereich geschehen müsse. Dies gelte

vor allem für die Präsentation des Holocaust-Themas. Es gehe nicht nur darum, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten, sondern um die korrekte Darstellung Geschichte, wobei das Bild des gewandelten Deutschlands 50 Jahre danach der Jugend nicht vorenthalten werden dürfe.

Botschafter Schifter vom AJC meinte hierzu, daß sich die Deutschen insoweit mehr Sorgen als nötig machten. Das Holocaust-Museum habe eine begrenzte Geschichtsperiode zum Inhalt, die Sorge vor negativen Auswirkungen auf das deutsch-jüdische Verhältnis sei nicht begründet, da in der Einschätzung Deutschlands der allgemeine Mehrheitskonsens auf den letzten 45 Jahren beruhe. Die deutschen Bedenken veranlassten die jüdischen Teilnehmer zur Betonung der fortgesetzten Notwendigkeit des Dialogs, gerade auch in der Museumsfrage, was der BK ausdrücklich begrüßte.

Der Gedankenaustausch wurde von beiden Seiten als wertvoll und wichtig empfunden und von den jüdischen Gästen dankbar anerkannt. Ohne in Einzelfragen tiefer einzudringen gab er Gelegenheit, auf jüdische Wünsche und Besorgnisse in zwanglosem Gespräch und unter Darlegung persönlicher Überzeugungen und mancher Hintergrundinformation einzugehen, was seine Wirkung offensichtlich nicht verfehlt und zum besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen hat.

Holtermann

[\[1\]](#) BArch, B 136/59730, 243-246.

Telegram from Germany's Permanent Representative at the United Nations to the Foreign Office, No. 264 and 265, 9 June 1992

Subject: The Chancellor Meeting with the American Jewish Committee on 8 June 1992 in New York^[1]

On June 9, Chancellor Dr. Kohl met with representatives from the American Jewish Committee during his layover in New York (6-9 June) for an exchange of thoughts on current questions of Jewish interest. The meeting was part of the dialogue between the Chancellor and ACJ and occurred in place of the larger lecture and discussion event that had initially been planned and was now postponed for a later date. On the German side, the participants included Undersecretary of State Vogel, Ambassador Ruhfus, VLR I Dr. Ueberschaer, the representative of the Konrad-Adenauer-Foundation, Pordzig, and the signee.

The meeting took place in a casual and open atmosphere, lasting for an hour and 45 minutes. The guests also showed a willingness to contribute to an improved German-Jewish understanding, to overcome existing barriers, and, in this sense, to build bridges for the future.

After introductory words from the Chancellor, AJC-President Alfred Moses opened the conversation with the proposal for the convocation of an international "conference" at the beginning of next year (definitely prior to the opening of the Holocaust Museum in Washington and the anniversary of the Warsaw Ghetto Uprising in April) on the emergence of nationalist, ethnic, and religious conflicts in Central, Eastern, and Southern Europe, which the Jewish side viewed with great concern.

The Chancellor welcomed the conference idea (the intention was probably more so a seminar) and pledged his support and the assistance of the Konrad-Adenauer-Foundation. The Chancellor then discussed the unforeseen, fundamental changes in Europe, which triggered his optimism for the future but had released traditional forms of nationalism - the German response to which was European integration. In this context, he referred to the exemplary decision of the Council of Europe on the status of minorities, which must become a standard solution for Europe beyond the scope of the Council of Europe. The resolution of minority question was an essential precondition for the emergence of the political union, which we Germans needed more than anyone else due to our geopolitical position and strained history.

The Chancellor underscored the basic desire for good German-Jewish relations, especially regarding Israel. He announced that the federal cabinet would look into the introduction of anti-boycott regulations towards Israel before the start of the summer recess. His Jewish interlocutors welcomed this message with particular relief and with the hope that other EC members would follow suit under the Federal Republic's influence.

Surrounding the current negotiations on the Claims-Conference with the Ministry of Finance, President Moses urgently asked the Chancellor for an intervention in favor of more German flexibility so that the remaining, "only minor differences" could be overcome, and the issue could be successfully concluded today (June 9). The Chancellor pledged "to take care of this."

President Moses then referred to the question of credit guarantees for Israel as the last Jewish request, as the U.S. government took Germany's position as a reference. The Chancellor pointed that there was consensus with Israel concerning the postponement of the continuation of these talks until after the Israeli elections. Thus, the Chancellor denied that there was any kind of agreement with the U.S. government "about which they could talk."

In his further remarks, the Chancellor called the lack of peace in the Near East a scandal of the three monotheist world religions, which all had their origins in the region. The situation also affected the EC. In the long run, Israel could not do without association with the EC. At the same time, Europe also had to arrange itself with the Arabs which, for geographical reasons, was of divergent priority among the EC member states. Due to our history, we Germans were in an especially precarious position.

The Chancellor said that we were essentially ready to provide assistance for Israel but

pointed to the limits of financial capabilities. He referred to the different American approaches after both World Wars, appreciated the Marshall-Plan, and underscored the urgent U.S. interest to control developments in Eastern Europe. Regarding the credit question for Israel, it was important to make it clear to the German population that the money would be spend on peace.

Mr. Harris asked the Chancellor about the emergence of extremism in the aftermath of Germany's unification. Mr. Harris was interested in the Chancellor's assessment of the situation. The Chancellor underscored the necessity to carefully distinguish what one labelled as extremism. The definition varied between different countries. There was some sort of a critical psychological development in all Western democracies. People were overwhelmed by increasingly complicated problems. The price of increasing secularization was the loss of faith and an increase of fear, which caused diverging reactions and, under the influence of mass media, sometimes mass hysteria. Currently, this applied to the rampant influx of foreigners in Germany, which was based on incorrect policies and should be stopped. Meanwhile, we had established the domestic precondition to do this with great delay. He, the Chancellor, did not believe in an increase of general radicalism, and he could especially not detect it among the younger generation. If we were able to resolve the imminent factual questions, there was no chance for radicalism. Those who voted republican were not necessarily Neo-Nazis. In 1994, they would not reach 5% in the elections.

Another Jewish contribution to the discussion pertained to the suggestion for a Marshall Plan for the Near East. The Chancellor thought the idea was good, but not new. Former Secretary of State Shultz had already proposed it about 5 years ago at the end of the Reagan administration. Indeed, it would be better for the EC to act as a whole. Further steps in the political peace process were a precondition for economic assistance. After all, the German public was interested in the use of the fund in the occupied areas, for instance.

A further issue related to the necessity for funds in favor of German-Jewish youth exchanges as a way of reconciliation. The Chancellor thought that this was even more important as generational change was a threat for the continuity of personal experiences as a means of understanding the other side. This regrettable development was further triggered through the mutual non-recognition of university diplomas. In this regard, the Chancellor emphasized the necessity for the continuation of the German-American partnership, as well as the need for a substantial U.S. military presence in Europe. Europe's integration would not be stopped by the Danish referendum. He was committed to defend the extension of the transatlantic bridge through additional "lanes," including those of the economy, culture, and science. Moreover, he explained the purpose and the structure of the Franco-German Corps in relation to NATO.

Finally, the Chancellor expressed his concern that more had to be done for schools, which were especially important for the German-Jewish relationship.

This applied, above all, to the presentation of the Holocaust. This was not just about keeping the memory of the Holocaust alive. It was also about the correct interpretation of history, wherein the Germany's development during the 50 years after the Holocaust must not be withheld from young people.

Ambassador Schifter from AJC said that the Germans were perhaps overly concerned about this issue. The Holocaust-Museum focused only on a limited period of history. There was no reason to worry about negative effects on German-Jewish relations. Today's assessment of Germany was based on experiences of the last 45 years. German concerns made it necessary for both sides to continue the dialogue. The Chancellor explicitly welcomed this

Both sides agreed that the exchange of thoughts was valuable and important. The Jewish guests appreciated the chance to have this meeting, which provided an opportunity to expound on Jewish requests and concerns in a casual atmosphere and contribute to enhanced mutual understanding.

(Holtermann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59730, 243-246.